

Lorenz van Bergen hatte sich nach nur ein paar Selfies in den Gelben Salon geflüchtet. Abgeschirmt von zwei Bodyguards, stand er an einem der raumhohen Fenster und beobachtete das Treiben auf der Terrasse. Dieser Tage konnte er fast nicht mehr ohne Personenschutz raus, und der Rummel um seine Person begann ihm auf die Nerven zu gehen.

Die Sicherheitsmänner waren gut trainiert: Kaum drehte sich Lorenz um und schickte einen suchenden Blick durch den Raum, winkte einer von draußen einen Kellner herein, der mit gesenktem Kopf ein mit Champagner beladenes Tablett hochhielt. Chinesische Etikette. Natürlich. Der neue Besitzer der Rheinterrasse war Mister Quin, ein mysteriöser Pekinger Unternehmer, der bereits halb Frankfurt aufgekauft hatte und nun seinen Shoppingtrip in Düsseldorf fortsetzte. Lorenz nahm ein Glas, nickte freundlich – »Sei immer

nett zum Personal, das bringt Extrapunkte!«, hatte seine PR-Beraterin ihm eingebläut – und drehte sich wieder zum Fenster. Der Kellner zog sich ein paar Meter zurück und verharrte dort wie eine Statue, den Blick unverwandt auf den Ehrengast gerichtet.

Gedankenverloren starrte Lorenz auf den Fluss, der mit majestätischer Gelassenheit vorbeifloss. Die letzten Sonnenstrahlen tanzten auf dem Wasser. Der Rhein brachte ihn immer zur Ruhe. Das Summen der Gäste wirkte leiser, selbst die Sprechchöre der Demonstranten vor dem Eingang klangen weniger bedrohlich.

In diesen Tagen gab es kaum eine gesellschaftliche Veranstaltung, bei der nicht demonstriert wurde. Die Rechtsnationalen regierten seit ein paar Jahren allein und erfolgreich. Die anderen Parteien duckten sich unter der Macht. Einzig die Lenin-lebt-Partei, kurz LLP, die sich seit ihrem überraschenden

Aufschwung Mitte der Zwanzigerjahre noch im Bundestag hielt, protestierte gegen die Maßnahmen der Regierung. Mangels Redezeit und Medienecho hatten die Abgeordneten ihren politischen Aktivismus aber weitgehend auf die Straße verlagert, unterstützt von den immer selben paar Tausend Getreuen, die von einer Demo zur nächsten zogen und eine Relevanz suggerierten, die die LLP längst nicht mehr besaß.

Von Weitem waren Sirenen zu hören, die Demo würde wohl bald aufgelöst werden. Die Polizei griff inzwischen schnell und hart durch, statt wie früher abzuwarten, bis die ersten Brandsätze flogen. Gerade heute besaß das Ganze allerdings eine besondere Brisanz. Seit am frühen Nachmittag die Nachricht veröffentlicht worden war, dass der Bundesinnenminister verschwunden sei, wirkte die Stimmung noch gereizter. Hermann

Hackner war nicht wie geplant zu seinem Flug nach Nürnberg erschienen, wo er eine Rede halten wollte. Seither schien er wie vom Erdboden verschluckt. Die Nachrichten überschlugen sich, von der Regierung war bislang allerdings nur ein formales Dementi gekommen, dort wollte man sich offensichtlich noch zu keiner Stellungnahme hinreißen lassen.

Lorenz beschäftigte sich nicht viel mit Politik. Solange es seinen Job nicht betraf, kümmerte es ihn nicht, was die Regierung anstellte. Aber ihm war die Bedeutung der Nachricht klar. Ein verschwundener Bundesminister ließ bei der Bevölkerung unangenehme Erinnerungen wach werden. Die linksextremistischen Anschläge der selbst ernannten »Neuen RAF« in den Dreißigerjahren waren allen noch gegenwärtig. Mehrere Abgeordnete der inzwischen allein regierenden rechtsnationalen Zero-Tolerance-

Partei, kurz ZTP, waren ihnen damals zum Opfer gefallen – Märtyrer, die den Aufstieg der Partei jedoch nur beschleunigt hatten. Ein verschwundener Politiker ließ die Alarmglocken schrillen: Was, wenn die RAF 2.0, wie die Extremisten allgemein genannt wurden, wieder zugeschlagen hatte?

Jahrelang war Ruhe gewesen. Die Schlüsselfiguren der RAF 2.0 waren damals ausgeforscht und weggesperrt worden. Ihnen drohte inzwischen sogar die Todesstrafe, die seit ihrer Wiedereinführung 2039 rückwirkend auf verurteilte Strafgefangene angewandt werden konnte.

Die Zero-Tolerance-Partei stellte inzwischen bereits zum zweiten Mal die absolute Mehrheit im Bundestag und konnte somit ohne große Gegenwehr durchregieren. Sie fuhr eine harte Law-and-Order-Politik gegen jede Gruppe, die ihrem Bild vom